

Biltgen: Feuermelder statt Feuerwehr

Der Arbeitsminister ist weiterhin auf 5611-Tour. Der komplizierte Gesetzestext, der im vergangenen Jahr für einige Unruhen gesorgt hat, wird derzeit häppchenweise dargeboten. Das Herzstück, der viel beschworene "maintien dans l'emploi", wurde auf gleich zwei Pressekonferenzen verteilt verabreicht. Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Krecké stellte Biltgen jüngst das neue Warnsystem in Sachen Massenarbeitslosigkeit vor: Betriebe über 15 Mitarbeiter müssen seit ersten Januar jede wirtschaftlich bedingte Entlassung melden. Wird der kritische Sockel von fünf Entlassungen in drei Monaten, beziehungsweise acht Kündigungen in sechs Monaten überschritten, tritt das Sekretariat des "Comité de conjoncture" auf den Plan und schaut im Betrieb nach dem Rechten. François Biltgen hofft auf diese Weise schneller reagieren zu können. Bislang wurden arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen erst ergriffen, als es faktisch schon zu spät war. Für kleine und mittlere Betriebe dürften die Angebote, die der neue "plan de maintien dans l'emploi" vorsieht, insofern interessant sein, als kleine Krisen abgefangen werden können. Ob dadurch in Zukunft aber Massenentlassungen wie bei Monopol oder Villeroy vermieden würden, ist zweifelhaft: Dort wurden Dutzende wenn nicht Hunderte von Beschäftigten quasi über Nacht vor vollendete Tatsachen gestellt.

Minett-Kompost plant Gas-Einspeisung

Bis 2010 soll sich der luxemburgische CO2-Ausstoß um 28 Prozent verringern. Dass diese Zielvorgabe - immerhin geltendes EU-Recht - eingehalten wird, daran glaubt inzwischen niemand mehr. Um den Zorn der EU-Institutionen am Tag der Abrechnung besänftigen zu können, versucht die Regierung, möglichst viele Belege für ihren guten Willen zusammenzutragen. Davon profitiert auch das Biogas-Projekt des Minett-Komposts in Esch. Dort ist eine neue Anlage geplant, die 25.000 Tonnen Bioabfälle im Jahr zu Kompost und Biogas verarbeiten soll. Anders als bisher soll das Gas künftig sinnvoll genutzt werden: Aufbereitet zu einem Erdgas-äquivalenten Stoff wird es in das Netz der Sudgaz eingespeist. Von der Regierung wird die Einspeisung gegenüber einer Stromerzeugung vor allem deshalb favorisiert, weil sie die Gasimporte senkt und die Kyoto-Bilanz verbessert (siehe woxx 889). Den höheren Kostenpunkt nimmt das Gemeindesyndikat Minett-Kompost in Kauf - immerhin bezuschusst der Staat die Investitionen zu zwei Dritteln. Unklar bleibt allerdings, ob es in den Sommermonaten nicht zu Problemen kommen wird. Dann nämlich durchläuft der Erdgasverbrauch sein jährliches Minimum, während die Quantität von Bioabfällen ihr Maximum erreicht.

Tiraillements universitaires

Lundi, le recteur de l'université a donné, au campus Limpertsberg, une petite conférence intitulée "A propos de Belval". Rolf Tarrach a analysé les trois variantes actuellement en discussion - site unique, faculté autonome de Droit, d'Economie et de Finance à Luxembourg-Ville ou université bilocale avec certains services orientés vers le public et localisés dans la capitale. Il s'est cependant borné à présenter pour chaque alternative les "SWOT" (Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats), précisant que "l'université peut vivre avec n'importe lequel des trois choix". Parmi les "threats" figure notamment la crainte que quelques professeurs de droit "hautement qualifiés" n'apprécient pas trop de devoir se rendre à Belval, et encore moins en train. Mais le recteur a précisé que s'il n'avait "pas d'avis aujourd'hui", il en aurait un dans quelques mois, la question du site étant une priorité pour l'année 2007. D'ailleurs, un premier concours d'architecte pour le site de Belval a déjà été lancé. Le résultat sera connu le 12 mai. Concernant l'éventuelle création d'une Bibliothèque nationale et universitaire sur le site de Kirchberg (voir woxx n° 879), Tarrach a néanmoins été très clair. Précisant que l'idée d'un site unique était en principe correcte, il lança: "Nous, on a besoin d'une université sur notre site. Si la Bibliothèque nationale veut venir chez nous, ok." Et d'ajouter: "Le gouvernement reviendra avec une meilleure proposition."

Luxemburg sei bisher nicht dafür bekannt, ein Ort des regen Gedankenaustauschs zu sein, sagt Mario Hirsch. Als neuer Direktor des Institut Pierre Werner will er das ändern.

(Foto: Christian Mosar)

EUROPA IN DER DEBATTE

"Das Scheitern der Verfassung ist eine Chance"

woxx: Das IPW hat seine Statuten und damit auch seine Zielsetzung verändert. Warum?

Mario Hirsch: Man ist zu der Einsicht gekommen, dass die bloße Addition der Ziele der drei Träger - das französische Auswärtige Amt, das deutsche Goethe-Institut und das luxemburgische Kulturministerium - kontraproduktiv ist. Das hat die bisherige Geschichte des Instituts verdeutlicht. Es gab zwar eine ganze Reihe von Aktivitäten, die jedoch ohne das IPW genauso statt gefunden hätten. Besonders im Kulturjahr ist das kulturelle Angebot so reichhaltig, dass zu befürchten steht, die Sättigungsgrenze wird irgendwann erreicht.

Das gilt, wenn man den Kulturbegriff sehr eng fasst. Aber kulturpolitische Veranstaltungen...

...gibt es wenige. Und genau da treten wir auf den Plan. Es gibt wenige Veranstaltungen, in denen die Problematik Europas in seinem gegenwärtigen Zustand zur Sprache kommt. Wir haben dieses Jahr vier größere Veranstaltungen geplant, die diese Lücke füllen sollen. Luxemburg ist ja bisher nicht dafür bekannt, ein Ort des regen Gedankenaustauschs zu sein. Es gibt keine Universität, die diesen Namen verdient, besonders im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich ist man bisher kaum in Erscheinung getreten. Aber es besteht ein Bedarf an solchen Veranstaltungen, weil auch dieses Land zunehmend mit Problemen konfrontiert wird, für die sich eine Reflexion als überfällig erweist. Andererseits besteht der Auftrag des Instituts nicht nur darin, der luxemburgischen Öffentlichkeit zu Diensten zu stehen. Idealerweise sollte unser Programm einen regen Zuspruch finden, der weit über die Grenzen Luxemburgs hinausgeht.

Ist das IPW nun ein Europa-institut oder ein Institut für Luxemburg?

Das ist nicht klar. Wenn man böswillig ist, könnte man sagen, dass die Gründung des Instituts damals eine Art Entwicklungshilfe war, die unsere beiden großen Nachbarn Luxemburg großzügig gewährt haben. Weil sie festgestellt haben, dass wir nicht so richtig auf die Sprünge kommen, was Ideen, Debatten und so wei-

ter anbelangt. Jetzt müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit das nicht nur eine Show für ein Luxemburger Publikum wird. Wir sollten nachweisen können, dass hier etwas anderes geboten wird als in Köln, Nancy oder Metz. Das ist meine Absicht, aber ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird.

Weshalb greifen Sie nicht auf Diskussionspartner aus Luxemburg zurück?

Das versuchen wir. Wir haben jetzt, was Europa anbelangt, eine Tagung, die wir zusammen mit der Universität machen. Da haben wir natürlich die paar Leute von der Uni, die sich diesbezüglich Gedanken machen, eingebunden. Das Problem ist: Es gibt leider nicht genug. Man stolpert immer wieder über die gleichen Namen.

Eine Gruppe wie Attac besteht auch aus überregional tätigen Leuten, die zwar eine andere Stoßrichtung haben...

Ich weiß nicht, ob die sich einbinden lassen. Aber wir sollten auf jeden Fall Kontakt aufnehmen, um zu sehen, ob wir nicht ein paar Veranstaltungen miteinander machen können. Unsere Tagung zu Europa ist zum Beispiel sehr "Pro-Europa-lastig". Bis jetzt haben wir bis auf Larry Siedentop aus England niemand vorgesehen, den man als Euro-skeptiker bezeichnen könnte.

Denken Sie auch an die politischen Parteien? Das sind die Leute, die hinsichtlich einer Europapolitik mitentscheiden werden.

Ich werde mich an der Initiative der Gréng beteiligen, Jeremy Rifkin auftreten zu lassen. Es ist leider so, dass in der Europadebatte die interessantesten Beiträge von Angelsachsen kommen. Zu meinem größten Bedauern gibt es sehr wenige Leute in den Mitgliedsstaaten der EU, die im Stande sind, einen kohären-



ten Diskurs dieser Art zu führen, um auf die Mängel der Konstruktion Europas aufmerksam zu machen. Es wird ja laufend behauptet, das Scheitern des Verfassungsvertrags wäre die Schuld der Franzosen und der Holländer. Man sollte ihnen jedoch dankbar sein, dass sie auf diese Mängel aufmerksam gemacht haben. Das ist eine Chance, es jetzt anders anzupacken und besser zu machen.

Sehen Sie die Aufgabe des IPW auch darin, auf die Europaskepsis in Luxemburg einzuwirken?

Das ist das Ziel einer weiteren Veranstaltungsreihe, die wir in diesem Jahr durchführen werden. Darin sollen die unübersehbaren Ängste in Luxemburg angesprochen werden. Man braucht nur die Eurobarometer-Umfragen über die Einstellung der Luxemburger zur EU-Erweiterung zu betrachten. Da muss man etwas tun; das ist der Hintergedanke des Konferenzzyklus über Rumänien und Bulgarien.

Kommt diese Initiative nicht etwas spät?

Das hätte natürlich bereits im Vorfeld geschehen müssen, aber es ist nie zu spät. Man hat auch aus dem luxemburgischen Referendum zum Verfassungsvertrag noch nicht die richtigen Lehren gezogen. Alle klopfen sich auf die Schulter, wie gut wir das doch gemacht haben. Dabei sind wir haarscharf an einer Katastrophe vorbeigeschlittert, denn sogar in Luxemburg ist dieses Projekt gerade mal durchgekommen.

Eine Chance für das IPW, dieses Thema in Luxemburg zu behandeln?

Ich betrachte das durchaus als Chance.

Und die Geldgeber sehen das auch so?

Die Geldgeber haben das bisher geschluckt. Sie haben kei-

nen Widerstand gezeigt. Es sind ohnehin relativ bescheidene Summen. Die drei Länder steuern jeweils 75.000 Euro bei und kommen für das Gehalt je eines der drei Mitarbeiter auf, das beschränkt sich dann auf insgesamt 150.000 Euro pro Land.

Gibt es eine Absicht, die es erlaubt, auch Leute einzuladen, die nicht die vorgegebene politische Linie vertreten?

Es ist an mir, die Gremien zu überzeugen, dass das Sinn macht. Wir sind in eine europaweite Struktur von ähnlichen Instituten eingebunden, die vergangene Woche in Brüssel offiziell ins Leben gerufen wurde. Sie nennt sich "European Network of National Institutes of Culture". In ihr sind Institute vertreten, die sehr große Distanz zu ihren Regierungen haben. Dort ist man zur Einsicht gekommen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen man sich zum Verstärker irgendwelcher frohen Botschaften einer nationalen Kulturpolitik macht. In diesem Netzwerk sollen viel mehr unterschiedliche Standpunkte zusammenkommen.

Die Diskussion um das Verhältnis zu den USA taucht im IPW-Programm nicht auf. Weshalb?

Wir hatten vor, dieses Jahr den transatlantischen Beziehungen zu widmen. Das wurde aber dann vertagt, weil mittlerweile die Situation in den Vereinigten Staaten einer Übergangsphase gleicht. Vieles hängt davon ab, wer der Nachfolger von George W. Bush wird. Es wäre wahrscheinlich verfrüht, das jetzt zu einem Schwerpunkt zu machen.

Wie beurteilen Sie das momentane Verhältnis Luxemburgs zu den USA?

Man konnte bisher davon ausgehen, dass die Europabegeisterung der Luxemburger bis in alle Ewigkeit andauern würde, aber das ist nicht mehr der Fall. Ich habe den Verdacht, dass ähnliches geschieht, was das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten anbelangt.

Was wird sich durch Ihre Person im Institut verändern?

Ich habe dem Institut bereits eine Prägung gegeben. Allein die Tatsache, dass die operationelle Phase in diesem Jahr mit Themen angefangen hat, die sich um die Nahostproblematik drehen, ist ein Hinweis dafür. Die Nahostproblematik passt sehr gut in die neue Ausrichtung des Instituts hinein. Es wurde zwar gesagt, das hätte nichts mit Europa zu tun. Es war mir jedoch ein Leichtes, den Leuten klar zu machen, dass alles, was in Nahost passiert, direkte Auswirkungen auf Europa hat.

Interview: Richard Graf und Thorsten Fuchshuber

Zur Person: Mario Hirsch hat in Paris Rechts- und Politikwissenschaften studiert. 1974 wurde er Mitarbeiter des damaligen luxemburgischen Premierministers Gaston Thorn. Er arbeitete zudem als Publizist und Dozent, unter anderem in Nordamerika. Ab Mitte der Achtzigerjahre war er für die DP tätig, zunächst als Fraktionssekretär, später als Mitarbeiter des EP-Abgeordneten Charles Goerens. 1998 wurde er Chefredakteur beim "Lëtzebuurger Land". Seit dem vergangenen Jahr ist er Direktor des in Luxemburg ansässigen "Institut Pierre Werner" (IPW).